

Slowenien auf autoritärem Kurs?

Regierungschef Janša auf den Spuren Orbáns

GERHARD MARCHL

Karl-Renner-Institut, Leiter des Bereichs Europäische Politik

www.renner-institut.at

Auf einen Blick:

- Ministerpräsident Janez Janša gehört seit Jahrzehnten zu den dominierenden politischen Figuren in der polarisierten politischen Arena Sloweniens. Seit März 2020 führt er zum dritten Mal in seiner Laufbahn die Regierung an.
- Janša schwenkte in den vergangenen Jahrzehnten zusehends auf einen stramm rechten Kurs ein, gespickt mit Ausländerfeindlichkeit, Sexismus und Diskreditierung seiner Kritiker:innen und Gegner:innen. Rechtspopulistisches bis rechtsextremes Gedankengut wird toleriert, zuweilen gutgeheißen und bewusst verbreitet.
- Sloweniens demokratisches System wird von Seiten internationaler Organisationen und NGOs (vorerst noch) als stabil eingestuft, doch werden Fehlentwicklungen besorgt beobachtet.
- Wiederholt reitet Janša Attacken gegen das Justizsystem und versucht es zu diskreditieren. Gleichzeitig möchte er ihm genehme Richter:innen und Staatsanwälte:innen einsetzen.
- Janša und seine Partei SDS befinden sich in einem ständigen Konflikt mit den unabhängigen Medien, insbesondere dem öffentlichen Rundfunk RTV und der Presseagentur STA. Der SDS nahestehende Medien, zum Teil in der Hand von Gefolgsleuten des ungarischen Regierungschefs Orbán, werden gefördert. Die Medienfreiheit in Slowenien ist in Gefahr.
- Die Zivilgesellschaft ist unter Druck geraten, auch durch neue Gesetze, die ihren Spielraum einengen.
- Trotz vieler besorgniserregender Entwicklungen in Slowenien ist die Situation insgesamt (noch) nicht mit jener Ungarns vergleichbar. Es gilt jedoch, sehr wachsam das Geschehen in Slowenien zu beobachten und rechtzeitig gegenzusteuern.

Seit 1. Juli 2021 führt Slowenien den Ratsvorsitz in der Europäischen Union (EU). Diese Tatsache sorgt zum Teil auch für Unbehagen, da das Land unter dem derzeitigen rechtskonservativen Regierungschef Janez Janša nicht nur weit nach rechts geschwenkt ist, sondern dem schlechten Beispiel Ungarns unter Viktor Orbán folgt. Der Konflikt zwischen Regierungschef Janša und der Presseagentur STA schafft es ebenso wiederholt in die internationalen Schlagzeilen wie Janšas Druck auf die Justiz und die Verzögerung bei der Ernennung slowenischer Beamt:innen für die Europäische Staatsanwaltschaft. Auch der nicht reibungslose Besuch der Europäischen Kommission Anfang Juli in Ljubljana sorgte für Aufsehen und für weitere Befürchtungen, dass Slowenien während seiner Ratspräsidentschaft keine gute Rolle spielen werde.

Nun stellt sich die Frage, ob die Sorgen um ein Abdriften des Landes in Richtung Autoritarismus berechtigt sind. Wie steht es um die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, Medienfreiheit und die Zivilgesellschaft in unserem südöstlichen Nachbarland?

Vor einer eingehenden Antwort auf diese Frage gilt es zunächst, die politische Lage in Slowenien und die Persönlichkeit Janez Janšas zu charakterisieren.

Politische Ausgangslage: ein fragmentiertes Parlament

Die Gesellschaft und die politische Landschaft Sloweniens sind von einer tiefen Spaltung zwischen links und rechts geprägt. Während es bei der Rechten mit Janez Janšas Slowenischer Demokratischer Partei (Slovenska demokratska stranka, SDS) eine eindeutige führende Kraft gibt, ist das Mitte-Links-Lager zersplittert. Dies macht auch das Ergebnis der Parlamentswahlen vom Juni 2018 deutlich. Während die SDS mit 25 % der Stimmen klar stärkste Partei wurde, errangen im links-liberalen Spektrum mehrere Parteien rund 10 % Wähleranteil:

- Lista Marjana Šarca (LMS) von Marjan Šarec	12,6 %
- Sozidemokrat:innen (Socialni demokrati, SD)	9,9 %
- Partei des modernen Zentrums (Stranka moderne centra, SMC)	9,7 %
- Linke (Levica)	9,3 %

Angesichts der unklaren Mehrheitsverhältnisse gestaltete sich die Regierungsbildung langwierig. Im August 2018 wurde Marjan Šarec als Chef einer Mitte-Links-Minderheitsregierung angelobt, der seine eigene Liste, die Sozialdemokrat:innen, die SMC des ehemaligen Ministerpräsidenten Milo Cerar, die Demokratische Pensionistenpartei Sloweniens (Demokratična stranka upokojencev Slovenije, DeSUS) und die linksliberale Partei von Alenka Bratušek (Stranka Alenke Bratušek, SAB) angehörten. Sie wurde von der Linken toleriert.

Als die Linke im Jänner 2020 die Unterstützung aufkündigte, trat Šarec zurück – in der Annahme, dass es zu baldigen Neuwahlen kommen würde. Diesem Plan machte Janez Janša einen Strich durch die Rechnung, indem er mit zwei weiteren rechten Parteien sowie der SMC (ohne Milo Cerar) und der Pensionistenpartei eine neue Mehrheit zimmerte. Seit 13. März 2020 führt Janša zum dritten Mal in seiner Karriere eine Regierung an. Die Regierungskoalition, die er anführt, ist zerbrechlich und hat an sich seit Monaten keine Mehrheit mehr, nachdem die Pensionistenpartei im Dezember ausgeschieden ist. Dennoch scheiterte im Februar 2021 ein Misstrauensvotum gegen Janša, da nicht einmal alle

Abgeordneten der Opposition für den Herausforderer, Ex-Außenminister Karl Erjavec von der Pensionistenpartei, stimmten. Janša könnte somit bis zu den nächsten regulären Parlamentswahlen im Juni 2022 weiterregieren.

Die Persönlichkeit Janez Janša

Wer ist Janez Janša, der bereits seit Jahrzehnten die Geschicke der slowenischen Politik entscheidend mitbestimmt? Janša, 1958 geboren, hat bereits ein sehr bewegtes Leben hinter sich, geprägt von wiederholten Wandlungen und Wendungen, Affären, Rücktritten und Comebacks.

In seiner Jugend gehörte Janša der kommunistischen Liga Sloweniens an, zeigte sich aber zunehmend kritisch gegenüber dem Regime und der jugoslawischen Volksarmee. Er wurde zu einem der führenden Dissidenten der slowenischen Teilrepublik. 1988 wurde er wegen der mutmaßlichen Preisgabe militärischer Geheimnisse zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, kam aber nach sechs Monaten frei.

Er wurde 1990 Verteidigungsminister Sloweniens und war in dieser Position hauptverantwortlich für die Strategie seines Landes im Unabhängigkeitskrieg im Juni und Juli 1991. 1994 stolperte er über die sog. Depala-Vas-Affäre, in der es um die Misshandlung eines Undercover-Polizeibediensteten durch Armeeangehörige ging.

In seiner Zeit als Verteidigungsminister übernahm er die Sozialdemokratische Partei Sloweniens, deren Ausrichtung er entscheidend in Richtung einer nationalkonservativen und rechtspopulistischen Bewegung änderte. Seit 2003 trägt sie den Namen Slowenische Demokratische Partei. Janšas Rhetorik nahm in jener Zeit nationalistische, ausländerfeindliche und gegenüber den politischen Gegner:innen verächtliche Züge an. In seiner Partei duldet Janša keinen Widerspruch, sie folgt ihm bedingungslos.

Von 2004 bis 2008 und 2012 bis 2013 stand Janša bereits an der Spitze der Regierung. 2013 stürzte seine Koalition unrühmlich über Korruptionsermittlungen gegen den Regierungschef. Auch die sog. Patria-Affäre lastete auf ihn: Seit 2011 ermittelte die Justiz gegen ihn wegen angeblicher Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit der Anschaffung der finnischen Radpanzer Patria. Mitte 2013 wurde der Spitzenpolitiker zu zwei Jahren Haft verurteilt, von denen er tatsächlich sechs Monate verbüßte. 2015 hob der Verfassungsgerichtshof das Urteil wegen Verfahrensmängeln auf. Eine Prozesswiederholung fand wegen Verjährung der Tatbestände nicht mehr statt.

Seit geraumer Zeit wird Janša auch gerne als Maršal Twito bezeichnet, da er sich auf Twitter nicht nur zahlreich, sondern auch kämpferisch und zuweilen beleidigend insbesondere gegenüber Journalist:innen und den politischen Gegner:innen äußert. Hin und wieder werden auch die gesamte Öffentlichkeit und all jene, die anderer Meinung sind, diskreditiert.

Rechtspopulistische bis rechtsextreme Tendenzen

Janša selbst – vor allem auf Twitter – und der SDS nahestehende Medien wie Nova24TV verbreiten rechtspopulistisches bis rechtsextremes Gedankengut. Agitation gegen Migrant:innen, Muslim:innen, LGBTIQ-Personen und allgemein gegen die Linke, die als Kommunist:innen bezeichnet werden, steht auf der Tagesordnung.

Dementsprechend überrascht es nicht, dass die SDS ein Nein bei zwei Referenden zur Ehe für alle unterstützte, und sie war auch erfolgreich damit. 2012 stimmten über 54 % der Wähler:innen gegen ein Gesetz zur Änderung des Familiengesetzbuches; 2015 waren es über 63 %, die gegen die Öffnung der Ehe stimmten. Die Nein-Kampagne wurde von konservativen und christlichen Gruppen und Parteien getragen und auch von der katholischen Kirche unterstützt. Dabei wurde Homosexualität als Gefahr für die Familie und für die Nation insgesamt dargestellt. Dieselben Gruppierungen wenden sich auch gegen die Gleichstellung von Mann und Frau, die sie als „Genderismus“ diffamieren.

Es gibt jedoch noch weitere mindestens ebenso besorgniserregende Entwicklungen in Slowenien. Rechtsextremistische Gruppen radikalieren und militarisieren sich. Aufsehenerregend waren im September 2018 militärische Übungen der Bürgerwehr „Štajerska varda“ (Steirische Garde oder Wacht) nahe der Grenze zu Österreich, die damit Ansprüche auf südsteirische Gebiete untermauern wollte. Anführer der Gruppierung ist Andrej Šiško, der auch die Partei Zedinjena Slovenija (Vereintes Slowenien) gründete. Bei den Präsidentschaftswahlen 2017 kam er immerhin auf 2,2 % der Stimmen. Wegen seiner Aktivitäten wurde er 2019 zu acht Monaten Haft verurteilt, und im September 2020 beschloss das Parlament auf Initiative der linken Oppositionsparteien ein Gesetz, das paramilitärische Tätigkeiten verbot.

Darüber hinaus sind auch Neo-Nazi-Gruppen wie „Blood and Honour“ sowie die Identitären in Slowenien aktiv. Die SDS distanziert sich kaum von diesen Gruppen. Vielmehr lobte ein junger SDS-Abgeordneter im Sommer 2018 ein Identitären-Manifest, das mit Unterstützung eines SDS-nahen Verlags herausgebracht wurde. Auch „Maršal Twito“ selbst teilt wiederholt Beiträge der Identitären.

Wie steht es um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Slowenien?

Prinzipiell wird Sloweniens demokratischem System in Bewertungen durch internationale und nichtstaatliche Organisationen nach wie vor ein recht gutes Zeugnis ausgestellt. Zugleich machen sie jedoch auch auf Fehlentwicklungen aufmerksam.

Der jüngste Freedom in the World Report von Freedom House bewertet Slowenien durchwegs positiv. Das Land erhält mit 95 von 100 möglichen Punkten eine bessere Bewertung als viele andere demokratische Staaten, darunter Österreich (93 Punkte) oder die USA (83 Punkte). Die Bürger:innen Sloweniens genießen nahezu uneingeschränkten Zugang zu ihren demokratischen politischen Rechten, und die bürgerliche Freiheiten sind garantiert. Der Bericht macht aber auch auf die Schönheitsfehler aufmerksam, die in Punkteabzügen resultieren. Dazu zählen unter anderem anhaltende Mängel in der Korruptionsbekämpfung, steigender Druck auf die Medien und die Ungleichbehandlung von Minderheiten.

Kritischer sind der Democracy Index der Economist Intelligence Unit, die Slowenien als „flawed democracy“, also mangelhafte Demokratie einstuft, sowie der Nations in Transit Report, ebenfalls von Freedom House, in dem die demokratische Staatsführung in 29 postkommunistischen Ländern wesentlich genauer unter die Lupe genommen wird. Hier schneidet Slowenien zwar ebenfalls recht gut ab, doch sind die Punkteabzüge höher (81 von 100 Punkten). Zu den Defiziten des Landes gehören auch hier vor allem der Druck auf die Medienlandschaft und die Einschränkungen für die Zivilgesellschaft, aber auch die Angriffe Janšas auf die Gerichtsbarkeit.

Der politisch relevanteste, am 20. Juli 2021 erschienene Rechtsstaatlichkeitsbericht der Europäischen Kommission zeichnet ein sehr gemischtes Bild. Zunächst hält er einige positive Entwicklungen im Justizsystem des Landes fest, wobei die Fortschritte nicht so sehr auf Regierungsinitiativen, sondern auf Entscheidungen der Höchstgerichte des Landes zurückgehen. Positiv wird auch der gesetzliche und institutionelle Rahmen für die Bekämpfung der Korruption bewertet. Tatsächlich beschloss das Parlament 2020 hier Gesetzesänderungen, die auf eine Stärkung der Kommission zur Verhütung von Korruption hinauslaufen, und verschärfte Bestimmungen zu Lobbying, Schutz von Whistleblower:innen und zu den verpflichtenden Vermögenserklärungen durch Politiker:innen und hohe Beamte:innen. Problematisch ist und bleibt jedoch die mangelnde Umsetzung der Anti-Korruptions-Gesetze und -Bestimmungen.

Die weiteren kritischen Punkte des Berichts der Kommission betreffen die Gerichtsbarkeit, den Druck auf die unabhängigen Medien und die Einschränkungen für die Zivilgesellschaft. Auch im Rahmen dieses Papers gilt es nun, ein Schlaglicht auf diese drei Problemfelder zu werfen.

Attacken auf das Justizsystem

Es gehört zu den Leitlinien Janšas, die Gerichtsbarkeit seines Landes als links oder gar kommunistisch zu bezeichnen. Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs, die dem Ministerpräsidenten nicht passten, kritisierte er als parteiisch. Auch den Staatsanwaltschaften warf er bei Gelegenheit vor, nicht im Sinne des Gesetzes zu handeln und voreingenommen zu agieren. Erst Anfang Juli, zu Beginn der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft, als die Europäische Kommission mit Präsidentin Ursula von der Leyen an der Spitze zu Gesprächen in Ljubljana weilte, meinte Janša, dass die Justiz seines Landes von Linken infiltriert sei. Diese Angriffe gehen über legitime Kritik hinaus. Ihr Ziel ist es, das Justizsystem zu diskreditieren und diffamieren.

Dementsprechend versuchen er und seine SDS der Gerichtsbarkeit das Leben schwer zu machen. Von Präsident Borut Pahor nominierten Verfassungsrichter:innen versagte das Parlament die Zustimmung. Wie auch der Bericht der Europäischen Kommission kritisch festhielt, verschleppt die Regierung nach wie vor die Ernennung neuer Staatsanwält:innen, so dass die Anklagebehörden bereits Personalmangel aufweisen und Verfahren sich in die Länge ziehen.

Für Aufmerksamkeit und Unmut auch auf europäischer Ebene sorgt die Verzögerung bei der Ernennung der beiden delegierten slowenischen Staatsanwält:innen für die Europäische Staatsanwaltschaft, die am 1. Juni 2021 ihre Arbeit aufnahm. Die Regierung versagte den Staatsanwält:innen, die von Justizministerin Lilijana Kozlovic von der SMC nominiert worden waren, die Zustimmung, möglicherweise weil sie zuvor auch einmal gegen Janša ermittelt hatten. Aus Protest gegen die Blockade trat die Justizministerin Ende Mai zurück. Das Verfahren der Ernennung der beiden delegierten slowenischen Staatsanwält:innen musste neu aufgesetzt werden.

Steigender Druck auf unabhängige Medien

Laut einem Missionsbericht der Media Freedom Rapid Response (MFRR) im Mai/Juni 2021 herrscht im Land immer noch ein hohes Maß an Medienvielfalt und Meinungsfreiheit vor. Aber die Mission kam

auch zu einem ernüchternden Ergebnis: „Over the last 14 months, independent journalism has come under sustained pressure on multiple fronts from the coalition government led by the Slovenian Democratic Party (SDS).“ Slowenien sei kein sicherer Hafen für freie Medien mehr. Kritischer Journalismus werde unterminiert; die Regierung versuche, die öffentlich-rechtlichen Medien zu kontrollieren; die Mainstream-Medien des Landes würden unter Druck gesetzt und gleichzeitig die SDS-Propagandakanäle gefördert.

Tatsache ist nämlich, dass Ministerpräsident Janša seit seiner Rückkehr an die Macht im nahezu ständigen Konflikt mit den unabhängigen Medien des Landes steht, die seiner Ansicht nach noch unter dem Einfluss der alten kommunistischen Strukturen stehen.

Besonders unter Druck ist der öffentliche Rundfunk Radiotelevizija Slovenija (RTV) geraten. Janša wirft diesem vor, Lügen zu verbreiten und ein Klima der Intoleranz und des Hasses zu schaffen. Janšas wiederholte Attacken auf den RTV werden begleitet von verbalen und physischen Angriffen auf das Personal der Sendeanstalt durch offensichtliche Parteigänger:innen des Ministerpräsidenten. Sein Ziel ist es offenbar, RTV unter seine Kontrolle zu bringen. Versuche der SDS, Gefolgsleute im RTV unterzubringen, wurden jedoch von Gerichten vereitelt. Der Plan des SDS-Kulturministers, Gelder vom RTV zu privaten Medienunternehmen umzuleiten und somit den RTV finanziell und institutionell zu schwächen, wurde von den Koalitionspartner:innen zurückgewiesen.

Ein weiterer Dauerkonflikt dreht sich um die slowenische Presseagentur STA (Slovenske tiskovne agencije), deren Berichterstattung Janša ein Dorn im Auge ist. Auf Twitter bezeichnete er sie u.a. als „nationale Schande“. SDS-Pläne, die STA umzufärben und unter Kontrolle des Büros für Regierungskommunikation (UKOM) zu bringen, scheiterten an den Koalitionspartner:innen. Im Herbst 2020 stellte das UKOM die Finanzierung der Agentur ein, lenkte aber nach massiver Kritik ein. Seit Jänner 2021 jedoch verweigert die Regierung erneut die Zahlungen, zu denen sie verpflichtet ist, obwohl die verlangten Unterlagen vonseiten der STA bereits geliefert wurden. Der slowenische Journalistenverband, viele slowenische Tageszeitungen und auch internationale Vereinigungen zeigten sich mit der STA solidarisch. Die Europäische Kommission wirkte ebenfalls auf die Regierung Janša ein, die Zahlungen an die Presseagentur wieder aufzunehmen, bislang ohne Erfolg. Anfang Mai wurde eine Spendenaktion gestartet, damit die Gehälter für die etwa 100 STA-Mitarbeiter:innen gezahlt werden können. Fast 275.000 Euro kamen bei der inzwischen beendeten Aktion zusammen. Der Konflikt ist jedoch noch nicht geklärt, vermutlich für längere Zeit. Im Juni erließ die Regierung eine umstrittene Verordnung zur Finanzierung und Tätigkeit der Agentur, die von jener angefochten wurde. Am 21. Juli setzte das Verwaltungsgericht die Verordnung vorerst aus. Die STA-Führung und die Regierung verhandeln über die Finanzierung und die künftigen Leistungen der Agentur.

Auch abgesehen von RTV und STA steigt der Druck auf unabhängige Medien. Der Medienfonds des Kulturministeriums 2021 entzog kritischen Medien Gelder, die nun vor allem SDS-loyalen Unternehmen zugutekommen. Dabei profitieren auch Medien, die Gefolgsleuten des ungarischen Regierungschefs Viktor Orbán nahestehen oder gehören. Planet TV, der drittgrößte Fernsehsender des Landes, wurde 2020 von der staatlichen Telekom Slovenija an den ungarischen TV2 verkauft. Das

ungarische KESMA-Netzwerk, das die regierungstreuen Medien im Nachbarland kontrolliert, tritt als Geldgeber für die SDS-loyalen Medien auf.

Janša greift auch einzelne Journalist:innen verbal an, insbesondere wenn sie über Korruption in Regierungskreisen berichten; andere werden mit Klagen belegt. Journalistinnen werden vom Regierungschef und seinen Parteigänger:innen offen oder anonym sexistisch beleidigt und herabgewürdigt. Auch ausländische Medien sind nicht vor Janšas Attacken gefeit. Kritik beispielsweise vonseiten der Europäischen Journalistenvereinigung begegnet Janša mit Gegenangriffen.

Etliche dieser Entwicklungen wurden auch von der Organisation Reporter ohne Grenzen in ihren jüngsten Berichten und der Rangliste der Pressefreiheit 2021 kritisch vermerkt. Slowenien verlor in diesem Ranking vier Plätze gegenüber 2020, liegt aber immerhin noch auf Platz 36 von 180 Ländern (zum Vergleich: Österreich belegt Platz 17, Tschechien Platz 40, Ungarn Platz 92).

Was die Medienvielfalt in Slowenien anbelangt, so stellt auch der jüngste Bericht des Centre for Media Pluralism and Media Freedom am Europäischen Hochschulinstitut negative Trends fest. Speziell die Medienkonzentration, der Einfluss der Eigentümer:innen und von Geschäftsinteressen auf die Medieninhalte sowie die mangelnde politische Unabhängigkeit werden als die größten Risikofaktoren angesehen.

Die Europäische Kommission schließlich griff einige der erwähnten Punkte in ihrem Rechtsstaatlichkeitsbericht zu Slowenien auf und kam zum Schluss: „The situation of media freedom and pluralism has been deteriorating.“

Steigender Druck auf die Zivilgesellschaft

Der soeben erwähnte Bericht der Europäischen Kommission weist auch darauf hin, dass der zivilgesellschaftliche Raum in Slowenien eingeschränkt ist. Der zugrundeliegende Report des European Civic Forum wurde deutlicher: „A rapid deterioration of civic space and rule of law has characterised 2020, after the formation of a new right-wing Government coincided with the declaration of the pandemic in the country.“

Tatsache ist, dass die Zivilgesellschaft seit dem Amtsantritt Janšas gehörig unter Druck geraten ist. Zum Teil unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie wurde versucht, im Rahmen der rasch vorbereiteten Gesetzespakete Einschränkungen der demokratischen Freiheiten vorzunehmen. Das Recht auf Volksabstimmung, die Rechte von Zivilgesellschaftsorganisationen sowie soziale Rechte wurden vorübergehend eingeschränkt. Die Regierung bediente sich phasenweise eines autoritären Kommunikationsstils, um Kritiker:innen der Maßnahmen für die hohe Opferbilanz verantwortlich zu machen.

Der Machtwechsel zu einer SDS-geführten Regierung im März 2020 sorgte für Proteste. Ab dem Frühling bis in den Herbst vorigen Jahres gingen regelmäßig bis zu zehntausend Menschen auf die Straßen Ljubljanas, um gegen Janšas Koalition, aber auch gewisse Covid-19-Maßnahmen zu protestieren. Innenminister Aleš Hojs ließ die Polizei wiederholt mit exzessiver Gewalt gegen diese Anti-Regierungsproteste vorgehen. Zugleich kam es zu Zusammenstößen zwischen maskierten

Rechtsradikalen, die der SDS nahestehen, und den Demonstrant:innen, die gegen die Regierung im Frühjahr 2020 gingen.

Menschenrechts- und Flüchtlingshilfsorganisationen mussten vonseiten SDS-geführter Ministerien Kürzungen der finanziellen Förderungen oder andere Benachteiligungen hinnehmen. Wie in anderen Ländern versucht auch die Regierung Janša die Genehmigung großer Infrastruktur- und Bauprojekte zu beschleunigen, indem die Rechte von Bürgerinitiativen und Umweltschutz-NGOs eingeschränkt werden. Der Verfassungsgerichtshof schob der Umsetzung dieser Gesetzesbestimmungen vorerst auf. Der SDS-Vorschlag, direkte finanzielle Unterstützung für NGOs durch die öffentliche Hand überhaupt einzustellen, wurde von den anderen Koalitionsparteien abgelehnt.

Droht die Orbánisierung Sloweniens?

Zusammenfassend ist festzustellen, dass seit Antritt der dritten von Janša angeführten Regierung äußerst bedenkliche Entwicklungen in Slowenien eingesetzt haben:

- Die unabhängigen Medien und Journalist:innen sind unter Druck, es herrscht zum Teil ein Klima der Angst. SDS-nahestehende Medien, zum Teil kontrolliert von Orbáns Gefolgsleuten, werden begünstigt.
- Ebenso schwierige Zeiten macht die Zivilgesellschaft durch. Die Regierung versucht den Handlungsspielraum von NGOs einzuschränken, auf Proteste wird zum Teil hart reagiert.
- Wie in Ungarn und Polen versucht die Regierung das Justizsystem umzugestalten; unliebsame Vertreter:innen der Staatsanwaltschaft und der Gerichtsbarkeit werden diskreditiert.
- Schließlich setzt Janša auf starke Polarisierung. Er und seine SDS fallen mit rechtspopulistischen, teilweise gar rechtsradikalen Parolen auf. Sympathien für rechtsextreme Gruppierungen und deren Ideologie werden geäußert. Politische Gegner:innen werden diffamiert. Die Gleichstellung von Mann und Frau sowie von LGBTIQ-Personen wird hintertrieben.

Die Parallelen zu Ungarn und Polen sind nur allzu offensichtlich, so dass davon auszugehen ist, dass Janša, der übrigens ein gutes Verhältnis zu Orbán pflegt, ebenfalls ein autoritäres System anstrebt.

Dennoch sind im Vergleich zu Ungarn die demokratischen Strukturen in Slowenien noch weitgehend intakt, und die Justiz funktioniert. Rechtsstaat und Demokratie sind noch nicht in ihren Grundfesten erschüttert, es gibt noch starke unabhängige Medien. All dies ist auf folgende „günstige“ Umstände zurückzuführen:

- Janša ist erst seit etwa anderthalb Jahren wieder an der Macht und hatte schlichtweg noch nicht genügend Zeit, den Staat in seinem Sinne umzuwandeln.
- Janšas SDS ist zu schwach, um den Staat zu orbánisieren. Die Koalitionspartner:innen halten dem Ministerpräsidenten zwar die Stange, verhindern aber überschießende Maßnahmen und Gesetze.
- In Slowenien ist vorerst keine stabile rechte Mehrheit in Sicht. Auch das Wahlsystem schiebt überproportionalen Mehrheiten wie für die FIDESZ in Ungarn einen Riegel vor. Vielmehr ist eine Mitte-Links-Mehrheit bei den Parlamentswahlen spätestens im Juni 2022 nicht auszuschließen.
- Mit dem Sozialdemokraten Borut Pahor steht bis November 2022 ein bedeutendes Gegengewicht zu Janša an der Spitze des Staates.

- Die Zivilgesellschaft ist wachsam und bereit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf die Straße zu gehen.
- Schließlich sind viele in der EU aufgrund der mahnenden Beispiele Ungarns und Polens aufgeschreckt und beobachten genau, was in Slowenien geschieht.

Gerade diese Wachsamkeit gegenüber den Entwicklungen in Slowenien ist unerlässlich. Dies gilt nicht nur für die europäische Sozialdemokratie, sondern auch für die Europäische Volkspartei, deren Mitglied Janšas SDS ist.

Weiterführende Links und Literatur

Der Standard, Slowenien schiebt paramilitärischen Gruppen einen Riegel vor, 25.9.2020, <https://www.derstandard.at/story/2000120267024/slowenien-schiebt-paramilitaerischen-gruppen-einen-riegel-vor>.

Der Standard, Spendenaktion für slowenische Nachrichtenagentur STA, 3.5.2021, <https://www.derstandard.at/story/2000126339559/spendenaktion-fuer-slowenische-nachrichtenagentur-sta>.

Der Standard, Etappensieg für Nachrichtenagentur STA im Streit mit slowenischer Regierung, 21.7.2021, <https://www.derstandard.at/story/2000128363688/etappensiegsta-erreichte-im-streit-mit-slowenischer-regierung>.

European Civic Forum: ECF response to the European Commission stakeholders' consultation on the rule of law in the European Union, March 2021, <https://civic-forum.eu/wp-content/uploads/2021/03/Rule-of-Law-2021-ECF-2.pdf>.

European Commission: 2021 Rule of Law Report. Country Chapter on the rule of law situation in Slovenia, Brussels, 20.7.2021, SWD(2021) 726 final, https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/2021_rolr_country_chapter_slovenia_en.pdf.

Freedom House: Countries and Territories, <https://freedomhouse.org/countries/freedom-world/scores>.

Freedom House: Freedom in the World 2021: Slovenia, <https://freedomhouse.org/country/slovenia/freedom-world/2021>.

International Press Institute (IPI), MFRR Report: Press Freedom Deteriorating in Slovenia under Latest Janša Government, Media Freedom Rapid Response (MFRR) Press Freedom Mission to Slovenia (24 May - 2 June 2021), https://www.mfrr.eu/wp-content/uploads/2021/06/Slovenia_PressFreedomMission_Report_Final_20210630.pdf.

Janša, Janez, War with the media, Government Communication Office, 11.5.2020, <https://www.gov.si/en/news/2020-05-11-war-with-the-media/>.

Kuhar, Roman, Pajnik, Mojca: Populist mobilizations in re-traditionalized society: anti-gender campaigning in Slovenia, in: Gabriele Dietze, Julia Roth (ed.): Right-Wing Populism and Gender: European Perspectives and Beyond, Bielefeld 2020, 167-184.

Lovec, Marko: Nations in Transit 2021: Slovenia, in: Freedom House, <https://freedomhouse.org/country/slovenia/nations-transit/2021>.

Milosavljevic, Marko, Biljak Gerjevic, Romana: Monitoring Media Pluralism in the Digital Era. Application of the Media Pluralism Monitor in the European Union, Albania, Montenegro, the Republic of North Macedonia, Serbia & Turkey in the Year 2020. Country report: Slovenia, ed. European University Institute, Centre for Media Pluralism and Media Freedom, July 2021, https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/71962/slovenia_results_mpm_2021_cmpf.pdf?sequence=1&isAllowed=y.

Pugliese, Matteo: The Militarization of Slovenian Far-right Extremism, auf: European Eye on Radicalization, 15.10.2018, <https://eeradicalization.com/the-militarization-of-slovenian-far-right-extremism/>.

Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit 2021, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/rangliste-2021/ueberblick> sowie https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2021/Rangliste_der_Pressefreiheit_2021_RSf.pdf.

Reporter ohne Grenzen: Slowenien, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/slovenien>.

Savic, Domen: Slovenia's Prime Minister Is a Far-Right Conspiracy Theorist and Twitter Addict Who Won't Admit Trump Lost, in: Foreign Policy, 11.11.2020, <https://foreignpolicy.com/2020/11/11/election-2020-trump-biden-slovenia-jansa-lost/>.

The Economist Intelligence Unit: Democracy Index 2020. In sickness and in health?, 2021, <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2020/>.

Wikipedia-Artikel:

- 2015 Slovenian same-sex marriage referendum, https://en.wikipedia.org/wiki/2015_Slovenian_same-sex_marriage_referendum.
- Europäische Staatsanwaltschaft, https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Staatsanwaltschaft.
- Far-right politics in Slovenia, https://en.wikipedia.org/wiki/Far-right_politics_in_Slovenia.
- Referendum über die Änderung des Familienrechts in Slowenien 2012, https://de.wikipedia.org/wiki/Referendum_%C3%BCber_die_%C3%84nderung_des_Familienrechts_in_Slowenien_2012

Wölfl, Adelheid: Unter Janša nähert sich Slowenien Ungarn an, in: Der Standard, 29.7.2020, <https://www.derstandard.at/story/2000119026604/unter-jansa-naehert-sich-slovenien-ungarn-an>.

ZaobSTAnek, <https://zaobstane.si/> (Website der Spendenaktion zur Rettung der Presseagentur STA).